

Datum: 05.07.2021

Telefon: 

Telefax: 

**Personal- und
Organisationsreferat**

Organisation

POR-P3.231

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Organisatorische Zuordnung des Stadtarchivs;
Gründung eines Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur“;
(Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V noch nicht bekannt)

Verwaltungs- und Personalausschuss am 21.07.2021

An das Direktorium

Die im Betreff genannte Sitzungsvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 28.06.2021 zur Stellungnahme bis 07.07.2021 zugeleitet.

In der Sitzungsvorlage (Empfehlungsbeschluss) wird ein Kapazitätenmehrbedarf im Umfang von insgesamt 1,0 VZÄ für eine*n SB Öffentlichkeitsarbeit, QE 4 (EGr. 13) geltend gemacht:

Das geplante Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur soll stadthistorische und erinnerungskulturelle Projekte und Fragestellungen an einer Stelle bündeln und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Neben der Implementierung klassischer Formate der (digitalen) Kommunikation beinhaltet die Aufgabenstellung auch die Vermittlung häufig politisch kontroverser Themenfelder (u. a. Kolonialgeschichte, Migrationsphänomene und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum) an die Münchner Stadtbevölkerung.

Hinsichtlich des geltend gemachten Bedarfs wird wie folgt Stellung genommen:

P 3.3 wurde in Vorbereitung zur Beschlussvorlage hinsichtlich der Ziffer 3 des Referentenantrags eingebunden und wird die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stellen. Ein erstes Auftragsklärungsgespräch hat hier bereits stattgefunden.

Im Rahmen des Beschlusses „Haushalt 2021; Coronabedingte Zusatzaufwendungen und Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts“ (Sitzungsvorlagen Nr. 20-26/ V 01811; Vollversammlung vom 19.11.2020) für das Haushaltsjahr 2021 wurde insgesamt eine Einsparsumme i. H. v. 208 Mio. Euro beschlossen. Die Reduzierung der zahlungswirksamen Personalaufwendungen beträgt hierbei rund 70 Mio. Euro.

Für den Haushalt 2021 und voraussichtlich für künftige Jahre besteht aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates aufgrund der angespannten Haushaltslage daher kein Spielraum für weitere Ausweitungen. Jede Ausweitung würde dem beschlossenen Haushaltssicherungskonzept entgegenwirken.

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt der Beschlussvorlage daher nicht zu. Die geltend gemachten Personalmehrbedarfe sind durch Aufgabenkritik in anderen Bereichen und Prioritätensetzung auszugleichen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.

[REDACTED]

Berufsmäßiger Stadtrat